20. 1. Ist das Revisionsgericht, wenn in der ersten Instanz und in der Revisionsinstanz nur der Einwand der rechtskräftig abgeurteilten Sache, nicht aber der der Rechtshängigkeit geltend gemacht wird, von Amts wegen zur Prüfung der Frage der Rechtshängigkeit berechtigt und verpflichtet?

2. Kann das Vergehen des § 132 St.G.B.'s von einer Mehrheit von Personen in Mittäterschaft begangen werden?

St.G.B. §§ 132. 47.

III. Straffenat. Ur. v. 11. Januar 1904 g. M. u. Gen. Rep. 4171/03.

I. Landgericht Bochum.

Gründe:

Der Einwand der bereits rechtskräftig erfolgten Aburteilung, der in der vorderrichterlichen Hauptverhandlung nur von dem Beschwerdeführer M. geltend gemacht wurde, scheidet bezüglich dieses Angeklagten an dem bereits von dem ersten Richter zutreffend hervor gehobenen Umstande, daß das Urteil des Landgerichts zu Bochum vom 4. März 1903, auf welches sich der geltend gemachte Einwand stützt, auch jetzt noch nicht in Rechtskraft übergegangen ist. Es braucht deshalb auch nicht in eine Erörterung der Frage eingetreten zu werden, ob die beiden Straftaten, welche am 4. März und

30. Juni 1903 den Gegenstand der Aburteilung bildeten, unter sich identisch sind.

Der Einwand der Rechtshängigkeit, welchem keine materielle, sondern nur eine prozessuale Bedeutung zukommt, ist von dem Beschwerdeführer M. weder in der vorigen Instanz erhoben, noch jetzt in der Revisionsinstanz zum Gegenstande einer Prozeßbeschwerde gemacht worden. Das Revisionsgericht erscheint deshalb mit der Frage der Rechtshängigkeit überhaupt nicht befaßt, und aus diesem Grunde erübrigt sich hier ein weiteres Eingehen auf die erwähnte Frage.

Eine Verpflichtung der Gerichte, insbesondere eine solche des Revisionsgerichts, auch bei dem Mangel des prozessualen Einwandes der Rechtshängigkeit letztere von Amts wegen zu prüfen, läßt sich nicht anerkennen. Man kann nicht sagen, daß der Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache die Einrede der Rechtshängigkeit von selbst in sich schließt, und aus der Geltendmachung des ersteren Einwandes notwendig die Verpflichtung der Gerichte zur Prüfung der Frage folgern, ob nicht nur die Voraussetzungen der rechtskräftig abgeurteilten, sondern auch die der rechtshängigen Sache vorliegen. Beide Einreden schließen sich vielmehr gegenseitig aus.

Sollte der von den beiden Beschwerdeführern ganz generell in der Revisionsinstanz erhobene Einwand der rechtskräftig entschiedenen Sache den Beschwerdeführer R. mitumfassen, so käme noch weiter in Betracht, daß dieser Angeklagte an dem Strafverfahren, in welchem das Urteil vom 4. März 1903 erging, seinerseits gar nicht beteiligt war, ihm gegenüber mithin weder von einer rechtskräftig erledigten noch auch nur von einer rechtshängigen Strafsache gesprochen werden kann.

Die materielle Rüge, welche Verletzung des § 132 St.G.B.'s behauptet, konnte gleichfalls nicht durchdringen.

Der Tatbestand dieses Gesetzesparagraphen hat in dem angefochtenen Urteile, wie dessen Nachprüfung ergab, beiden Beschwerdeführern gegenüber eine rechtsbedenkensfreie Feststellung gefunden. Insbesondere unterliegt die von dem Vorderrichter angenommene Mittäterschaft der beiden Beschwerdeführer keiner rechtlichen Beanstandung.

Das Vergehen des § 132 St.G.B.'s, dessen erste Alternative im vorliegenden Falle in Frage steht, ist kein Amtsdelikt, welches nur

von einem Beamten begangen werden kann, sondern ein gemeines Delikt, dessen Verübung von jedermann rechtlich möglich ist, ohne daß dabei in der Person des Täters besondere Eigenschaften, Verhältnisse oder Beziehungen obzuwalten brauchen, vermöge deren das Delikt nur von demjenigen verübt werden kann, in dessen Person diese tatsächlich zutreffen.

Das den Gegenstand der Aburteilung bildende Vergehen konnte demgemäß an sich sowohl von dem Beschwerdeführer M., der in Bochum nach den vorderrichterlichen Feststellungen unter dem Namen „Justitia“ ein mit der Eintreibung von fremden Forderungen sich befassendes Geschäft betreibt, als auch von dem Beschwerdeführer N., der als Bote im Dienste des M. steht und im Auftrage desselben den einzelnen Schuldnern die Kosten- und Gebührenrechnungen des von diesem geleiteten Instituts bei der Zahlungsaufforderung zustellt, je in Alleintäterschaft begangen werden. War aber rechtlich Alleintäterschaft eines jeden der Beschwerdeführer denkbar und möglich, so ist nicht abzusehen, inwiefern es auf Rechtsirrtum beruhen soll, wenn der Vorderrichter auf Grund des von ihm festgestellten Zusammenwirkens der beiden Beschwerdeführer zur Herstellung des Tatbestandes des § 132 unter der Annahme, daß dabei jeder von ihnen mit dem Dolus des Täters gehandelt hat, zu der Auffassung gelangt ist, daß Mittäterschaft der beiden Beschwerdeführer vorliegt.

Den vorderrichterlichen Feststellungen zufolge war es dem Beschwerdeführer M., dem Inhaber und Leiter des Instituts „Justitia“, bei Aussendung der in seinem Dienste stehenden Boten hauptsächlich darum zu tun, in dem Publikum den Glauben zu erwecken und den äußeren Anschein hervorzurufen, als ob die von ihm beschäftigten und in seinem Auftrage handelnden Boten amtlich bestellte Gerichtsvollzieher seien, damit aber zugleich, wie nach dem Zusammenhang der Begründung des vorigen Urteils angenommen werden muß, den Eindruck herbeizuführen, daß das von ihm geleitete Institut, als dessen Bedienstete die Boten auch in äußerlich erkennbarer Weise auftraten, ein amtliches Gerichtsvollzieherinstitut sei. Zu diesem Zwecke rüstete M. seine Boten namentlich auch N. mit Uniformen aus, welche denen der wirklichen Gerichtsvollzieher ähnlich und eine Täuschung des Publikums zu bewirken geeignet waren, und gab den von den Boten den Schuldnern zuzustellenden Kosten- und Gebühren-

rechnungen eine äußere Fassung, vermöge deren sie als von dem Amtsgerichte ausgestellte Kosten- und Gebührenrechnungen angesehen werden konnten. Bei dieser Sachlage hätte rechtlich nichts im Wege gestanden, M. als mittelbaren Alleintäter, R. aber nur als seinen Gehilfen, oder umgekehrt je nach der Beschaffenheit und Richtung des bei ihnen vorhandenen Dolus R. als unmittelbaren Alleintäter und M. als Gehilfen anzusehen. Da aber Beihilfe und Mittäterschaft nur durch die Verschiedenheit der Willensrichtung sich unterscheiden, insofern der Gehilfe nur eine fremde Straftat unterstützen und fördern will, während der Mittäter die unter seiner Mitwirkung zur Ausführung gelangte Straftat als seine eigene zu vollenden beabsichtigt, so konnte der Vorderrichter auf Grund der aus tatsächlichen Erwägungen hervorgegangenen Feststellung, daß keiner der beiden Beschwerdeführer den Dolus des Gehilfen, jeder vielmehr den Dolus des Täters bei der von ihm entwickelten, die Erreichung eines gemeinsamen Zieles erstrebenden Tätigkeit hatte, ohne rechtlich zu irren, zur Annahme von Mittäterschaft gelangen.

Hätte die Tätigkeit des M. sich nur darauf beschränkt, den R. durch intellektuelle Einwirkung auf diesen zur Begehung des von ihm allein ohne sonstige Mitwirkung des M. verübten Delikts vorsätzlich zu bestimmen, so würde bezüglich des M. nur Anstiftung in Frage gekommen und Mittäterschaft, welche eine Mitwirkung zur Ausführung des Delikts zur notwendigen Voraussetzung hat, ausgeschlossen gewesen sein. Nach den erstrichterlichen Feststellungen hat sich aber, wie bereits erwähnt, die Tätigkeit des M. nicht auf eine intellektuelle Einwirkung beschränkt, er ist vielmehr auch sonst noch zur Verwirklichung des Tatbestandes des auch von ihm gewollten Delikts durch Beschaffung der erforderlichen Uniformen und Rechnungsformulare mittätig gewesen.

Daß diese Mitwirksamkeit nicht in der Vornahme einer eigentlichen Tatbestandshandlung sich realisierte, konnte die Annahme von Mittäterschaft nicht hindern, da hierzu bei dem Hinzutritt des erforderlichen Dolus schon solche Handlungen ausreichen, welche lediglich einen die Deliktsverübung vorbereitenden Charakter haben.